

## **Pressemitteilung der Initiative Togo Action Plus e.V und der Initiative in Gedenken an Oury Jalloh e.V zum Verfahren gegen einen Afrikaner wegen Verstoßes gegen die Residenzpflicht vor dem Landgericht Potsdam**

Berlin, 21.02.2013

Am 14.02.2013 ging überraschend der Berufungsprozess des Kameruners Bisso G. vor dem Landgericht Potsdam zu Ende. Da an diesem Tag nur ein kurzer Termin angesetzt war und das Ende des Prozesses für den 05.03.2013 angesetzt war, konzentrierte sich das Öffentlichkeitsinteresse auf diesen 05.03.2013. „Die Richterin konnte offenbar nicht widerstehen, die wenige Öffentlichkeit am 14.02.2013 zu nutzen und das Verfahren an diesem Tag durchzupeitschen“, sagt Rechtsanwalt Volker Gerloff, der Bisso G. vertritt.

Im Ergebnis wurde die Verurteilung von einer Geldstrafe zu 150 EUR auf 30 EUR abgemildert. Dennoch ist für Bisso G. die Verurteilung nicht akzeptabel. Das Landgericht Potsdam macht mit der Verurteilung deutlich, dass seine Anwesenheit in Berlin für einen Tag, ohne Erlaubnis der Ausländerbehörde, unerträglich für das gesellschaftliche Zusammenleben sei. Nur dann liegt schließlich ein strafwürdiges Unrecht vor. „Es ist aber nicht hinzunehmen, dass die Ausübung eines Menschenrechts, des Rechts auf Bewegungsfreiheit, ernsthaft als unerträglich eingestuft wird“, so RA Gerloff.

Der Verteidiger von Bisso G. bemühte sich im Verfahren, die verfassungsrechtlichen, europarechtlichen und völkerrechtlichen Bedenken gegen die Residenzpflicht zu thematisieren. Leider war die Vorsitzende Richterin mehr daran interessiert, die Öffentlichkeit mit ständigen Drohungen von Ordnungsgeldern und Ordnungshaft zu disziplinieren – die eigentlichen Rechtsfragen des Prozesses handelte sie kurz und halbherzig ab. Zu der Frage, wie die Residenzpflicht in Brandenburg Bestand haben könne, wenn dort doch die Bewegungsfreiheit in der Landesverfassung als Menschenrecht garantiert wird, schwieg sie gänzlich. Bisso G. will weiter gegen die Residenzpflicht kämpfen und zunächst Revision gegen das Urteil einlegen. Seine Hoffnung ist, dass er doch noch ein Gericht findet, das bereit ist, sich wenigstens mit den erheblichen Bedenken gegen die Residenzpflicht ernsthaft auseinanderzusetzen.

**Wir fordern:**

**Ein Ende der Schikanen und Repression gegen alle Aktivist\_innen!**

**Stopp der gezielten Polizeikontrolle von PoCs (Racial Profiling)!**

**Abschaffung der menschenverachtenden Residenzpflicht!**

**Stopp dem Rassismus und Behörden Rassismus!**

**Stopp der Diskriminierung!**

Weitere Informationen:

<http://www.residenzpflicht.info/prozesse/residenzpflicht-prozess-vor-dem-landgericht-potsdam/>

<http://www.residenzpflicht.info/prozesse/uneinsichtiger-residenzpflichtverletzer-bestraft/>

[http://initiativeouryjalloh.files.wordpress.com/2013/02/pm\\_06-02-2013.pdf](http://initiativeouryjalloh.files.wordpress.com/2013/02/pm_06-02-2013.pdf)

Interview mit dem Angeklagten: <http://vimeo.com/59018695>

Für Nachfragen:

RA Volker Gerloff: Tel.: 030 – 62987720, e-mail: [gerloff@aufenthaltundsoziales.de](mailto:gerloff@aufenthaltundsoziales.de),

<http://www.aufenthaltundsoziales.de/>